

## V. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland

*"Bürgerinitiativen werden von den Politikern nur noch als das typische Nebengeräusch, was überall läuft, wahr- und zur Kenntnis, aber nicht ernst genommen."*

*"Was soll man noch tun? Soll man Bomben schmeißen?"* (Zitate von zwei Aktiven)

### 12. Zusammenfassung und Synthese der Studien

Nachfolgend fasse ich noch einmal die wichtigsten Befunde zusammen, die sich aus den jeweiligen Teilstudien und der Synthese der beiden Untersuchungen ergeben (Gesamtüberblick auf S. 222). Die nachfolgenden Befunde 1.1 und 1.2 beziehen sich auf die Teilstudie 1. Es handelt sich dabei sowohl um Antworten auf die Forschungsfragen 1.1. *"Wie ist die Erfolgsbilanz der Bürgerinitiativen?"* und 1.2. *"Welche sind die Gründe für Erfolg und Misserfolg?"* - als auch um Ergebnisse der Überprüfung der beiden sich daran anschließenden Thesen 1a) *"Erfolg hängt vor allem von gruppeninternen Kompetenzen ab* und 1b) *Erfolg hängt vor allem von politischen Kontextbedingungen ab."*

#### **Befund 1.1: Steigende Bürgerinitiativenzahl bei sinkendem Erfolg**

Seit 1973 hat die Zahl der Initiativen stetig zugenommen - deren Erfolgsquote ist in diesen zwanzig Jahren kontinuierlich gesunken: Es stieg einerseits die Zahl der Verkehrsinitiativen in Berlin seit den 70er Jahren beachtlich - andererseits ist die Erfolgsquote der Initiativen, die sich im Zeitraum 1973 - 1993 in Berlin gegründet hatten, von 34 % (70er Jahre) über 16 % (80er Jahre) auf unter 11 % (90er Jahre) gesunken. Der Anstieg der Initiativenzahl seit 1973 liegt sicherlich zum einen an dem zunehmenden Problemdruck, den das immer stärker werdende Verkehrsaufkommen verursacht: So wurden in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1993 fast 25 000 Menschen durch Unfälle im Straßenverkehr getötet - wenn man zu der amtlichen Zahl von 9 949 Toten noch diejenigen Schwerverletzten hinzunimmt, die mehr als 30 Tage nach dem Unfall den Unfallfolgen erliegen (Wobit 1995,

6).<sup>1</sup> Zum anderen ist das gewachsene Engagement aber auch ein Beispiel dafür, dass sich in Deutschland eine demokratische Protestkultur entwickelt hat, die vor 40 Jahren noch undenkbar schien.<sup>2</sup>

## **Befund 1.2: Erfolgsfaktoren in der Arbeit von Bürgerinitiativen**

Was sind die lokalpolitischen und gruppeninternen Faktoren, die den Erfolg von Bürgerinitiativen beeinflussen? Wir konnten feststellen, dass neben Hartnäckigkeit und Ausdauer bestimmte *gruppeninterne Faktoren* die Erfolgchancen erhöhen. Ob die Initiativen Infostände, Ausstellungen oder Straßenfeste organisieren, Flugblatt- und Plakataktionen durchführen, Presseerklärungen herausgeben oder Anzeigen in Zeitungen setzen, Broschüren oder Konzepte veröffentlichen, Briefe an Senatoren oder Regierenden Bürgermeister schreiben, spektakuläre Aktionen, angemeldete oder unangemeldete Demonstrationen, Bürobesetzungen oder andere illegale Aktionen durchführen - ja selbst die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen oder Initiativen steht nach unseren Berechnungen in keinem Zusammenhang zum Erfolgsgrad. Erfolgreiche und weitgehend erfolgreiche Initiativen gaben diese Aktionen annähernd ebenso häufig als Hauptanteil oder großen Anteil in ihrer BI-Arbeit an wie die erfolglosen oder weitgehend erfolglosen.

In einem signifikanten Zusammenhang zu Erfolg und Mißerfolg stehen aber die Faktoren *Unterschriftenlisten bzw. Protestpostkarten, Zusammenarbeit mit Abgeordneten oder Bezirksverordneten, Kontaktaufnahme mit der Verwaltung, Mobilisierung der Bevölkerung und fachliche Kompetenz*.

Während in der ersten Teilstudie quasi "von oben" ein Blick auf die Arbeit der Berliner Verkehrs-Bürgerinitiativen geworfen wurde, ging es in der zweiten Teilstudie vor allem um eine Annäherung an den Untersuchungsgegenstand "von unten" - aus der Perspektive

---

<sup>1</sup>Zu den amtlich registrierten Verkehrstoten zählen nur diejenigen Opfer, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall den Unfallfolgen sterben. Zählt man die nach 30 Tagen an den Unfallfolgen gestorbenen Opfer hinzu, dann ergibt sich erst das wahre Ausmaß des Blutopfers, das der Straßenverkehr täglich fordert. Die Zahl ist dann um mehr als Doppelte höher (vgl. P. Olivet in der Zeitschrift "Die Verwaltung, 1995, H 2). Durch die heutigen medizinischen Möglichkeiten hat sich daher der Anteil derjenigen Opfer, die erst nach dieser Frist sterben, ständig erhöht. Weltweit sterben jährlich 600 000 Menschen im Straßenverkehr; dies berichteten Verkehrsexperten auf einem internationalen Kongreß im spanischen Valencia. Nach Ansicht des Leiters der Tagung Prof. Luis Montoro (Universität Valencia) seien praktisch alle Verkehrsunfälle vermeidbar (Frankfurter Rundschau vom 24.5.96).

<sup>2</sup>Auch die Untersuchung von Koopmans (1992) bestätigt diese Tendenz.

der in den Bürgerinitiativen tätigen Akteure. Die nachfolgenden Befunde 2.1 und 2.2 beziehen sich auf Teilstudie 2.

Es handelt sich einerseits um Antworten auf die beiden Forschungsfragen 2.1 "*Machen die Akteure eher Empowerment- oder Disempowermenterfahrungen?*" und 2.2 "*Wovon hängt die Art der Erfahrungsverarbeitung ab?*". Andererseits sind es auch Ergebnisse aus der Überprüfung der beiden Thesen 2a) "*Die Art der Erfahrungsverarbeitung hängt vor allem von internen-individuellen und gruppeninternen Faktoren ab*" und der These 2b) "*Die Art der Erfahrungsverarbeitung hängt vor allem von externen Faktoren ab*".

## **Befund 2.1: Überforderung und Ohnmacht gestärkter Persönlichkeiten und Rückzug aus dem Engagement**

Das Engagement in Verkehrsbürgerinitiativen ist nicht nur zunehmend erfolgloser geworden, es ist für die Aktiven neben einem immensen Zeitaufwand auch mit einem hohen Maß an Frustrationen und Enttäuschungen verbunden. Es ist die Rede von "*einem deprimierenden Kampf gegen Windmühlen*" bis hin zu fatalistischen Äußerungen wie "*hat ja alles doch keinen Sinn*". Die ganze Enttäuschung nach jahrelangem, erfolglosem Bemühen in ihrer Verkehrsbürgerinitiative gipfelte in dem schon erwähnten Aufschrei einer älteren Aktivistin: "*Was soll man noch tun? Soll man Bomben schmeißen?*".

Die Aussagen von mehreren InterviewpartnerInnen bestätigen die These von Hirschman (s. Kapitel II): Maria kam zu der Erkenntnis, dass man sich nicht mit halber Kraft engagieren kann ("*ganz politisch oder ich lass das ganz sein*"). Sie beobachtete auch um sich herum, dass es wenige Menschen waren, die sich total engagierten, und der Rest machte gar nichts. Und dazwischen gäbe "es nicht mehr so viel". Auch Rosa kam zu der Erkenntnis, dass man sich "*auch nicht so beteiligen (kann), dass man einen Termin die Woche hat*." Wenn man sich beteiligt "*dann hat man drei, vier...*". Theo überkam das Gefühl, dass seine *Studienmisserfolge* mit seinem großen BI-Engagement zusammenhängen könnten.

Diese Überbeanspruchung durch gesellschaftliches Engagement wirkt sich sogar bis hin zu einer höheren Scheidungsrate aus - diesen Befund legte schon deMartini (1990, 2) vor. Seinen Ergebnissen zufolge, haben Personen, die ein politisches Engagement dem konventionellem Lebensstil vorziehen, Kosten zu tragen, die sich in geringerem Einkommen und

höherer Scheidungsrate im Vergleich zu ihren Altersgenossen widerspiegeln können. Auch im Kreis meiner InterviewpartnerInnen war es kein Einzelfall, dass Lebenspartner das überaktive Leben des anderen nicht mehr mittragen wollten oder konnten und sich von dem engagierten Lebensgefährten trennten.

Die Kosten, psychische Folgen und negative Begleiterscheinungen des Engagements in Bürgerinitiativen sind bei fast allen Befragten enorm. Dieser Befund erhärtet die These, dass ganz spezielle Persönlichkeitsmerkmale und biographische Spezifika zusammenkommen müssen, damit Menschen willens und fähig, sich dieser Herausforderung mehr als einmal im Leben zu stellen.

Bestimmte Kongruenzen oder Parallelen im Persönlichkeitsbild waren in unserem Untersuchungssample auffallend: fast alle Aktiven hatten eine ausgesprochen christlich geprägte Kindheit und Jugend. Einige sprechen sogar von regelrechten missionarischen Neigungen. Die große Mehrheit der InterviewpartnerInnen haben ein großes Verantwortungsgefühl für die Natur, für die Mitmenschen und/oder Kinder und Nachwelt. Demokratisches Ehrgefühl, Zivilcourage und eigenständiges Denken zeichnen sie aus. Auffällig ist auch, dass bis auf eine Ausnahme alle InterviewpartnerInnen eine nicht ganz einfache Kindheit hatten (z.B. früher Alkoholtod des Vaters, Gewalt in der Erziehung von beiden Eltern, Notwendigkeit von relativ früher Selbständigkeit). Augenfällig ist außerdem, dass alle InterviewpartnerInnen einen Beruf gewählt haben, der selbständige Arbeit möglich und nötig macht und unmittelbar mit Menschen zu tun hat.

Ein weiteres Ergebnis gibt Aufschluß über typische "politische Persönlichkeiten": 94% der untersuchten InterviewpartnerInnen, waren schon vorher politisch oder gesellschaftlich aktiv gewesen. Dieses Persönlichkeitsmerkmal ist eine Konstante ihrer Biographie. Vordergründig zumindest wird hiermit die These von deMartini (1990) bestätigt, der anhand von US-Untersuchungen über Aktiven aus den 60er Jahren zeigt, dass diese auch nach 20-30 Jahren eine Konstanz und Übereinstimmung mit früheren politischen Überzeugungen und Verhaltensweisen aufweisen. Das bedeutet andererseits aber auch, dass allem Anschein nach derzeit kaum Bürger des demokratisch brach liegenden Potentials sich zum Engagement motivieren lassen. Es engagierten sich nur solche Bürger, die sich aufgrund eher biographisch begründeter Faktoren schon einmal oder mehrmals politisch eingemischt haben. Die These von deMartini wird leider nur bis zu dem Zeitpunkt bestätigt, bis die Leute ihre Erfahrungen in dem BI-Engagement sammeln. Danach beginnen viele Aktive

den sofortigen oder etappenweisen Rückzug aus dem politischem Engagement - dies ein weiteres Ergebnis der Teilstudie 2:

Die untersuchten Aktiven, die in Bürgerinitiativen erfolglos waren, haben das Aktivitätsniveau ihres weiteren Engagements bis hin zum Nullniveau zurückgefahren. Sogenannte Leitfiguren (Motoren) würden bei einem potentiell neuen Engagement höchstens noch die Rolle eines normalaktiven Mitglieds übernehmen. Ehemals normalaktive Aktive aus erfolglosen Initiativen haben ihre Bereitschaft für ein weiteres späteres Engagement gänzlich verloren.

Neben den bereits angesprochenen vielfältigen und sehr nachhaltigen Disempowerment-Erfahrungen machen aber immehin 15 der 18 untersuchten Akteure (über 80 Prozent) in einem wichtigen Punkt auch eine wichtige Empowerment-Erfahrungen. Es sind dies Erfahrungen, die ich mit "Empowerment der Persönlichkeit" bezeichnet habe. Dazu zählen zum einen *psychische Stärkungen* (Autoritätsverleih, Selbstbestätigung, Steigerung des Selbstwertgefühls, größere Selbstsicherheit, mehr Bereitschaft an die Öffentlichkeit zu gehen, eigene Trägheit überwunden, Ausdauer sich selbst bewiesen, Abbau der Angst vor einer Gruppe zu reden, das Gefühl, dass man mir zuhört, Glaube an Veränderungen entstand). Zum anderen habe viele Aktive die neu entstandenen *Sozialkontakte* als positives Nebenprodukt ihres Engagements hervorgehoben. Ein "Gefühl der Heimat" sei entstanden und der Gewinn von neuen Freunden wurden beispielsweise erwähnt. Und schließlich wurde auch der *Gewinn neuer Kompetenzen* durch die Erfahrungen auf bisher fremden Terrain betont (Pressearbeit, mit Politikern reden u.a.).

## **Befund 2.2: Die Art der individuellen Erfahrungsverarbeitung ist eher von externen als von internen Faktoren abhängig**

Von welchen Faktoren hängt es ab, wie Akteure ihre Erfahrungen in Bürgerinitiativen verarbeiten? Zur Beantwortung dieser Frage wurden die zwei o.g. Thesen 2a) und 2b) formuliert, die individuelle und gruppeninterne den externen Faktoren gegenüberstellen.

Sowohl die Bedeutung der internen als auch der externen Einflussfaktoren konnte grundsätzlich belegt werden. Wir haben jedoch auch gesehen, dass Gefühle der Überforderung und Ohnmacht ebenso wie auch eine Stärkung der Persönlichkeit anscheinend unab-

hängig von individuellen Faktoren bei fast allen Aktiven zu verzeichnen war. In Bezug auf das weitere Aktivitätsniveau ergibt sich ein weiterer Befund, der Grund für die Annahme liefert, dass die externe Faktoren die maßgebenden darstellen: real existierende schwierige politische Rahmenbedingungen gepaart mit Misserfolg der BI führten - mit Ausnahme von zwei Aktiven, die über eine besonders starke Persönlichkeit und eine tief verankerte "vita activa"-Überzeugung verfügen - zum Rückzug der Akteure von ihrem Engagement. Damit einher gehen kritischen Einstellungen gegenüber dem demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland. Letztgenanntes Merkmal findet sich auch bei den wenigen erfolgreichen Akteuren ausgeprägt.

### **Befund 3: Demokratie in Gefahr?**

Lässt sich eine Brücke schlagen von den individuellen Erfahrungen der Aktiven (Teilstudie 2) und der Entwicklung der über Jahrzehnte untersuchten Bürgerinitiativen (Teilstudie 1) hin zum demokratischen Zustand des deutschen Gemeinwesens? Welche erste Antwort können wir auf die Forschungsfrage 3 (*Welche Konsequenzen resultieren für das politische System?*) geben?

Die gemachten Erfahrungen mit Politik, Parteien, Justiz, Bürokratie und Öffentlichkeit führen bei allen Aktiven im besten Falle zu einem weitaus kritischeren Blick auf den demokratischen Zustand dieses Landes. Es wurde jedoch auch die Überzeugung geäußert, dass "Politik letztendlich doch nur die Vernetzung von Geschäftsinteressen ist" (Uli, 19) bis hin zu Hass auf gewählte Vertreter. Das landläufige *Vorurteil*, dass Politik ja nur ein schmutziges Geschäft sei, verwandelt sich hier zum Urteil. Bei einem anderen Aktiven - er war mit seiner BI sogar erfolgreich - ging es soweit, dass er sich den Tod eines bestimmten Lokalpolitikers wünschte. Einige Beispiele: Mike kann "*die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nur noch mit einem Fragezeichen*" versehen. Theo hatte "*vorher noch geglaubt, dass in der Politik Ideale eine Rolle spielen*". Heute hat er die Überzeugung "*Politik ist ein sehr dreckiges Geschäft leider*". Ulla hat erfahren, dass die "*Qualität von Argumenten nichts zählt*". Andere sprechen vom "*deal, der halt in der Politik so gemacht wird*", von "*Willkür*", "*Beugung des Rechtsstaates*", der "*Verflechtung der höheren Judikative mit der Regierung*" und, dass "*die Rechte immer mehr beschnitten werden*". Die Institutionen seien zu sehr "*mit Parteileuten besetzt*" und die *Einflußmöglichkeiten von Bürgerinitiativen seien "mittlerweile nicht mehr sehr groß"*. Für die institutionalisierte Form der Bürgerbeteiligung findet eine Aktive nur das Wort "*Theater*". Und bei manchen Themen

wäre "(Strom-; d. Verf.) *Masten sägen sowieso zum Teil die einzige Art, mit der was zu bewirken ist*". "*Es ist einfach so*" -meinte sie lapidar.

Nach den bisher dargestellten Ergebnissen konnte es nicht mehr überraschend sein, dass Menschen, die in Verkehrsbürgerinitiativen erfolglos waren, das Aktivitätsniveau ihres Engagements stufenweise verringern - bis hin zum völligen Ausstieg. Es ist leicht auszurechnen, dass bei weiter fallenden Erfolgsquoten immer weniger BürgerInnen sich ehrenamtlich politisch engagieren werden. Sind die empirischen Ergebnisse demnach Anlass zur Besorgnis, langfristig unsere "Demokratie in Gefahr" (vgl. Schneider-Wilkes 1997) zu sehen? Im abschließenden Kapitel 13 wollen wir uns den Schlussfolgerungen widmen, die sich aus den Befunden ziehen lassen.

### **13. Schlussfolgerungen für das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland**

Politische Teilnahme an Dingen des Gemeinwesen durch einen ausreichend großen Teil der Bevölkerung *und* die damit einhergehende *reale* (und nicht nur formale) Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungen jeder Größenordnung sind für mich entscheidendes *Konstituens von Demokratie*. Demokratie ist für mich nicht nur eine Regierungsform, sondern auch eine gesellschaftliche Lebensform, in der eine weitestgehende Emanzipation und Selbstbestimmung des einzelnen Menschen möglich sein muss. Die aktiven BürgerInnen in unserer Untersuchung haben versucht, auf die politische Entscheidungen in ihrem Wohnumfeld Einfluss zu nehmen. Enttäuschung, Frustrationen, Wut und Resignation waren meist die Folge. Die Gründe dafür lagen jedoch nicht in erster Linie im Nichterreichen ihres Zieles. Die Gründe, die sie anführten, betreffen vielmehr in gleichem Maße den realen Zustand unserer repräsentativen, - Johannes Agnoli nennt sie "oligarchischen" - Demokratie<sup>3</sup>. Es stellt sich die Frage, wie eine Demokratie auf Dauer funktionieren soll, in der die (nicht sehr zahlreichen) BürgerInnen, die sich gesellschaftsmitgestaltend ehrenamtlich engagieren, in ihrem von allen Seiten immer lautstärker geforderten Bemühen eher ent- als ermutigt werden (vgl. Mauch 2001). In den hier vorgestellten Untersuchungen

---

<sup>3</sup>Den oligarchischen Charakter der hiesigen Demokratie hat schon das Bundesverfassungsgericht in seiner berühmten "Sitzblockadenentscheidung" vom Mai 1989 angedeutet: Im Entscheid heißt es, dass "einzelnen Bürgerinnen und Bürger trotz ihres Rechts auf Teilhabe gegenüber großen Verbänden, finanzstarken Geldge-

ist die Tendenz offenkundig geworden, dass auch die wenigen ehrenamtlich politisch aktiven BürgerInnen langfristig ihr Engagement enttäuscht einstellen und in Distanz zum politischen System gehen oder gar in politische Apathie oder Radikalisierung verfallen.

Umfragen zeigen regelmäßig, dass die Mehrheit der Deutschen sich sowieso schon politisch ohnmächtig *fühlt*. 1991 stellte Infratest repräsentativ fest, dass 51% der Bevölkerung das Gefühl hat, keinen Einfluß auf die Mitgestaltung des Staates zu haben - 1995 waren es schon 68 %.<sup>4</sup> Besonders wachrütteln müßte ein Befund aus Ostdeutschland: Nur 18% der OstbürgerInnen halten 1996 ihren Einfluß auf den Staat für größer als in Zeiten der DDR<sup>5</sup>. Diese Menschen werden sich auch kaum motiviert fühlen, sich demokratisch für das Gemeinwesen zu engagieren, wenn sie von denen, die sich engagiert haben, deren real gemachten Ohnmachtserfahrungen mitgeteilt bekommen oder erleben. Trotz der Tatsache, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Glaubwürdigkeit der Politiker stets neue Tiefpunkte erreicht,<sup>6</sup> werden sie in ihrer passiven Zuschauerrolle in der politischen Arena verharren. Kein Wunder, dass nach einer Untersuchung des renommierten Berliner Politikwissenschaftlers Richard Stöss mittlerweile 41 Prozent der Ostdeutschen mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Bundesrepublik unzufrieden sind (Korgel 2000). Im übrigen, und nicht nebenbei bemerkt: könnte es nicht einen (vielleicht sogar direkten) Zusammenhang zwischen Ohnmachtsgefühlen und der Gewalt gegen Schwache geben?

Da Ohnmacht den Nährboden für Angst, Unsicherheit und Aggressivität darstellt, könnte politische Passivität noch nicht einmal die schlimmste der möglichen Reaktionen sein. Die Studie von Oestereich (1993) gibt Anlaß, diesen Zusammenhang in den Blick zu nehmen. Sie zeigt, dass in Situationen, die Angst und Unsicherheit erzeugen, sich ohnmächtig fühlende Menschen Schutz bei denen suchen, die Macht und Stärke zu repräsentieren scheinen, und sich daraus autoritäre Persönlichkeiten entwickeln können. Auch Hans-Eberhard Richter weist darauf hin, daß Gewalt gegen Fremde häufig in Zusammenhang

---

bern, Parteien und Massenmedien eher benachteiligt" seien und "sich häufig als ohnmächtig" erlebten (zit. nach Däubler-Gmelin 1997, 3).

<sup>4</sup>Südd. Zeitung vom 4.1.91 und 5.1.96.

<sup>5</sup>Laut des 7. Sozialreports des Forschungszentrums Berlin-Brandenburg. Zitiert nach "Wachsender Frust über Realdemokratie". In: Zeitschrift für direkte Demokratie (1997): Nr. 34, S. 17.

<sup>6</sup>Seit 1991 schwinden die Vertrauenswerte in die politischen Institutionen (Walz 1996). Nur 20% haben Vertrauen in die gewählten Repräsentanten; 79% denken negativ über sie (WICKERT-Umfrage - in Berliner Morgenpost v. 11.8.91) Selbst bei Kindern und Jugendlichen (7 bis 16 Jahren) sind die Politiker auf dem letzten Platz in der Glaubwürdigkeitstabelle. 54,7 Prozent dieser Gruppe halten unsere gewählten Repräsentanten für die "unehrlichsten Menschen, die es gibt". So das Ergebnis einer Umfrage der Zeitschrift "Eltern" von 1995 unter 1830 Schülern und Jugendlichen (zit. nach Berliner Zeitung v. 9./10. September 1995, S. 49). Letzter Befund wird gestützt durch die Studie von Professor Laszlo A. Vaskovics (Universität Bamberg) - Mitautor der Studie "Jugend 96": Danach haben 60 % der 13-29jährigen in West- und 67% in Ostdeutschland kein Vertrauen in die Parteien (Badische Zeitung vom 23.11.96).



steht mit dem Bedürfnis, "sich selbst zu finden und zu beweisen" (1989, 129). Diese Befunde sind damit gleichzeitig auch alarmierende Anzeichen für einen möglichen und bisher nicht erforschten Zusammenhang zwischen Ohnmachtsgefühlen und der Anfälligkeit für rechtsradikales Denken, bis hin zum Rechtsradikalismus, Fremdenhass und rechte Gewalttaten. Politische *und* wirtschaftliche Ohnmachtsgefühle von Millionen Menschen sind vielleicht Mitursache dafür, dass sich schon seit einiger Zeit bei einem nicht mehr zu vernachlässigenden Teil der deutschen Bevölkerung ein autoritatives und fremdenfeindliches Stimmungsgebilde entwickelt hat (vgl. Stöss 2000).

Wir konnten zeigen, dass "die demokratische Luft in Deutschland dünner geworden" (Zeuner 1997, 23) ist. Planungsvereinfachungs- und Beschleunigungsgesetze haben die Mitwirkungs- und Eingriffsmöglichkeiten der BürgerInnen zum Teil drastisch eingeengt. Das Wort von Wolf-Dieter Narr vom "repräsentativen Absolutismus" hat an Aktualität nichts verloren. Diese Entmachtung der BürgerInnen ging im Juni 1996 in eine neue Runde: Weitgehend unbemerkt hat der Bundestag im Juni 1996 ein Gesetzespaket für eine weitere Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Industrieanlagen verabschiedet. Mitsprachemöglichkeiten und Rechtschutzmittel für BürgerInnen wurden eingeschränkt. So hat ein Widerspruch oder eine Klage auch in diesem Bereich keine aufschiebende Wirkung mehr. "Wesentliche Änderungen" von industriellen Komplexen sind künftig immisionschutzrechtlich nicht mehr genehmigungs-, sondern nur noch anzeigepflichtig. Investoren dürfen schon *vor* der Genehmigung bauen - und die Unterlagen nachreichen. Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) sprach von einem "*neuen Grundrecht auf ungestörte Investitionsausübung, das den Schutz von Umwelt- und Bürgerrechten zurückstellt*"<sup>7</sup>.

Auch 1997 schritt die lautlose Entmachtung der Bürger fort. Der Bundestag hat eine Neufassung des zwanzig Jahre alten Bundesnaturschutzgesetz verabschiedet. So wird u.a. darin festgeschrieben, dass bei Planfeststellungsverfahren, die Bundesländergrenzen überschreiten, die jeweiligen Landesnaturschutzverbände nicht mehr beteiligt werden (vgl. Harthun 1997). Viele Beispiele aus anderen Bereichen (beispielsweise Asyl-, Ausländer- und Polizeirecht) für diese Politik des starken Staates auf Kosten von Bürger- und Menschenrechten ließen sich hier noch dazu addieren (Prantl 1997, Steven 1996). Jürgen Ha-

---

<sup>7</sup>in Kampwirth 1996, 21; vgl. Prantl 1996

bermas sieht sogar auf längere Sicht schon den "Bau von Gefängnissen" zur "Wachstumsindustrie" werden (1995, 186).<sup>8</sup>

Dabei entwickeln sich die Beteiligungsrechte der BürgerInnen seit 1990 *quantitativ* durchaus positiv. Insofern kann einerseits durchaus auch von einem "Aufschwung der direkten Demokratie nach 1989" (Jung 1997) gesprochen werden. Angeschoben durch die Rolle der Bürger(bewegungen) in Zusammenhang mit der Entmachtung des SED-Regimes (vgl. Rink 1991, 1995 und Rucht 1995) kam es zunächst in den Verfassungen in den neuen Bundesländern zur Aufnahme direktdemokratischer Elemente. Die Bundesländer der alten Bundesrepublik zogen bald nach. Mit Hamburg hat seit Juni 1996 jedes Bundesland auf Landes-ebene die Möglichkeiten der direkten Volksgesetzgebung in die Verfassung mitaufgenommen. Mediationen, runde Tische, Gruppen zur lokalen Agenda 21, dialogische Verfahren, Planungszellen, Bürgerforen, Zukunftsstätten u.v.m. sind in den letzten Jahren immer häufiger in Städten und Gemeinden Wirklichkeit geworden (Feindt 2000).

Es ist jedoch zurecht gefragt worden, ob das Einführen plebiszitärer Elemente für "mehr Demokratie" gesorgt hat (Denzer 1997) oder ob es nicht nur ein bloßes "Abschöpfen des Unbehagens" (Roth 1997) per symbolischer Politik bedeutet. Bedeutet die Zunahme der lokalen Beteiligungsmöglichkeiten nicht mehr als eine "Demokratisierung der Machtlosigkeit" (Klein 2000)? Die zuletzt aufgezählten vielfältigen Beteiligungsverfahren sind nämlich ohne jede rechtliche Bindung. Ob diese Instrumentarien überhaupt eingesetzt und ob die dort erarbeiteten Lösungsvorschläge umgesetzt werden, ist allein von dem Willen der Verwaltungsmitarbeiter und/oder den gewählten politischen Vertretern abhängig (vgl. Paust 2000, 23).

Hinzu kommt, dass die neu eingeführten direktdemokratische Verfahren mit einer Vielzahl bürokratischen Blockaden und Hemmnissen versehen sind. So zum Beispiel sind häufig viele Themen vom Bürgerentscheid ausgeschlossen<sup>9</sup> und oft existiert ein 25- bis 30prozentiges Zustimmungsquorum, das in der Abstimmung überschritten werden muß<sup>10</sup>. Eine Vitalisierung der Demokratie kann so kaum erreicht werden. Wie bürger- und damit demokratiefeindlich gerade so hohe Zustimmungsquoren sind, wird deutlich, wenn man

<sup>8</sup>Ein Indiz am Rande: Im Jahresbericht des Bundesbeauftragten für Datenschutz Joachim Jakob ist für das Jahr 1996 ein Anstieg der staatlichen Telefonüberwachungen von 26 Prozent ausgewiesen (Frankfurter Rundschau vom 17.4.97).

<sup>9</sup>So z.B. sind in Baden-Württemberg die Themen Verkehr und Müll ausgeschlossen.

<sup>10</sup>Eine 30prozentige Zustimmungsquorum bedeutet, dass eine Vorlage, die in der Abstimmung eine absolute Mehrheit der abgegebenen erhalten hat, nur dann Gesetzeskraft besitzt, wenn 30% aller *Wahlberechtigten* dieser Vorlage zugestimmt hat.

sich klar macht, dass bei Wahlen noch nie jemand auf die Idee gekommen ist, eine Partei nur dann für regierungsfähig und damit gesetzgebungsbefugt zu halten, wenn mindestens 30% der *Wahlberechtigten* diese Partei gewählt haben. Würde man diese 30%-Regel im Verfahren der Bürger- und Volkesentscheide auch auf den Wahlakt der Parteien übertragen, hätte dies für die Parteien höchst schwerwiegende Folgen: es gäbe in einigen Landes- und nahezu allen Stadtparlamenten keine einzige Partei, die zu rechtskräftigen Entscheidungen befugt wäre.<sup>11</sup> Und falls bei der nächsten BTW die Wahlbeteiligung auf nicht unrealistische 71,1 % zurückginge, müßte eine Partei mindestens 42% der Stimmen erhalten, um das 30prozentige Zustimmungsquorum zu überschreiten und damit die Befugnis zum Erlassen von Gesetzen zu erhalten. Und die FDP hätte in den letzten 40 Jahren niemals in Regierungsverantwortung stehen dürfen.

Die jüngste staatliche Missachtung des demokratischen Bürgersinns spielte sich in Baden-Württemberg, Bayern, und Thüringen ab: In *Baden-Württemberg* hat am 21.3.2000 das baden-württembergische Innenministerium 18000 Unterschriften für ein Volksbegehren zur Ausweitung direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten mit der Begründung abgelehnt, dadurch würde "das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen gefährdet" (Reisser 2000, 22). In *Bayern* hatten die Bürger 1995 einen sensationellen Erfolg: per Volksentscheid hatten sie mit großer Mehrheit für den Vorschlag der Bürgerinitiative "Mehr Demokratie E.V" gestimmt und damit das bürgerfreundlichste Verfahren für kommunale Bürgerentscheide eingeführt, das es bis dato in Deutschland gab. Der ebenfalls den Bürgern zur Abstimmung vorgelegte CSU-Vorschlag wurde weit abgeschlagen. Am 13.4.2000 hat der durch die CSU-Mehrheit des Landtages eingesetzte Verfassungsgerichtshof die demokratische Entscheidung der Bürgerschaft für unzulässig erklärt! In *Thüringen* das gleiche Spiel: am 22.2.2000 hat die Landtagspräsidentin 9000 Unterschriften für ein Volksbegehren zur Absenkung der hohen Hürden bei kommunalen Bürgerentscheiden mit der Begründung abgelehnt, dass die Unterschriften nicht unter, sondern über dem Text standen und damit nicht als *Unterschriften* gewertet werden könnten (Tocha 2000, 10). Wissen solche PolitikerInnen eigentlich was sie mit solchen Verhaltensweisen tun und bewirken? Sie setzen Giftspritzen gegen die Grundlage einer lebendigen Demokratie: den engagierten Bürger.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup>So bedeuten z.B. die 38,8% der CDU bei der LTW 1994 in Sachsen-Anhalt real nur 27,1%; die 38,5% der CDU in Mecklenburg-Vorpommern real nur 27,5% der *Wahlberechtigten* (vgl. auch Ursula Feist 1994).

<sup>12</sup>Die Weltgesundheitsorganisation sieht in der Befriedigung des Partizipationsbedürfnisses sogar eine Voraussetzung für menschliche Gesundheit. "*Gesundheit entsteht dadurch, daß man in die Lage versetzt*

Offen bleibt die Frage, ob es durch den Regierungswechsel von 1998 in Deutschland langfristig zu einer wirklich qualitativen Verbesserung der Möglichkeiten zur bürgerschaftlichen Einflussnahme auf die Politik bzw. zu einem gesellschaftlichen Klima kommt, in dem sich wieder mehr Menschen politisch engagieren und nicht in dem Maße entmutigt werden wie die hier untersuchten Akteure. Oder haben veränderte Wahrnehmungen und neue Perspektiven vieler ehemaliger Akteure aufgrund politischer Reformen den "Leidensdruck" und die Notwendigkeit zurückgehen lassen, sich politisch einzumischen? Einige "Karrieren", nicht nur auf der großen politischen Bühne, sondern auch im Rahmen unserer Stichprobe, deuten vielleicht darauf hin - so sieht sich z.B. Jurei heute als "Teil der Strukturen, die er früher bekämpfte". Ist in Zukunft verstärkt mit "rechten Bürgerinitiativen" zu rechnen, die aus der neuen Opposition heraus erwachsen?

Antworten auf die Frage nach der Zukunft sozialer Bewegungen im 21. Jahrhundert versucht eine sogenannte "Delphi-Befragung" zu geben, bei der 40 Expertinnen und Experten aus Sozialwissenschaften, Politik, Medien und Praxis befragt wurden (vgl. Hasse 2000). Darin wird davon ausgegangen, dass es aufgrund der fortschreitenden Modernisierungsprozesse und zunehmenden Parteien-, Politik- und Politikerverdrossenheit auch zukünftig soziale Bewegungen geben wird, die als "Sensoren oder Seismographen gesellschaftlicher (Fehl-) Entwicklungen" (21) wirken. Als vorherrschende Themen werden vor allem die klassischen Bewegungsthemen Demokratie, Partizipation, Bürgerrechte und Umweltschutz erwartet.

Angesichts der durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vor allem massenmedial erweiterten Handlungsarenen wird auch eine Zunahme flexiblerer und den "Ernst" von Politik persiflierenden Aktionsformen unterstellt, die insbesondere Jugendliche motivieren könnte. Dies wäre sicher auch sehr wünschenswert, bedenkt man z.B. die Ergebnisse der Studie "Jugend 2000", nach der immer mehr Jugendliche die traditionelle Politik "links liegen" lassen, da sie nach ihrer Auffassung keine Bedeutung für ihr Leben hat, gemäß dem Motto "wenn man von solchen Organisationen nichts erwartet, kann man auch nicht enttäuscht werden" (Shell 2000, 272). Andere sehen sogar die Gefahr, dass für die Mehrzahl der Menschen von morgen Politik kein Gegner mehr darstellt, "sondern ein Relikt aus früheren Zeiten, das nicht durch Protest und Widerspruch geädelt, sondern durch Ignoranz für seine fehlende Wirksamkeit, Authentizität und ästhetische Langweiligkeit abgestraft wird" (Farin 2000, 68).

Möglicherweise sind für (Re-) Mobilisierungen junger und breiter Bürgerschaften weniger die technischen Möglichkeiten der neuen Medien entscheidend, sondern vielmehr das Vertrauen in die Politik(er) und in die realen Chancen, auf politische Prozesse erfolgreich Einfluß nehmen zu können. Nach über 50 Jahren Demokratieerfahrung in Deutschland ist die Zeit längst reif und die Bevölkerung mündig genug geworden, die hier festgestellten so widrigen und engagementfeindlichen Bedingungen für erfolgreiches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht nur quantitativ, sondern grundlegend qualitativ zu verbessern. Mehr Demokratie wäre heute in Deutschland kein Wagnis mehr, sondern eine Chance. Die von Bürgerinitiativen als "scheindemokratisch" erlebten Abläufe und die realen Einflussmöglichkeiten bei der sogenannten Bürgerbeteiligung sind so zu reformieren, dass die schon vor Jahren diagnostizierte "Zuschauerdemokratie" (Wassermann 1986) dieser Republik in die Lage versetzt wird, sich zu einer echten und selbstbewussten Teilhabe- und Diskussionsdemokratie weiterentwickeln. Statt Politik(er)verdruss könnte Demokratielust im Land umsichgreifen. Die in dieser Arbeit ermittelten Ohnmachtsgefühle und Ohnmachtserfahrungen engagierter BürgerInnen sind jedenfalls stille, aber wirksame Totengräber der Demokratie.